

Niederschrift
über die Sitzung des Sozialausschusses
am 29.08.2016 in Heinsberg

Anwesend vom Gremium:

CDU

Dickmann, Bernd
Hohl, Peter
Kleefisch, Peter Josef
Dr. Leonards-Schippers, Christiane
Nabbefeld, Michael
Naumann, Jochen
Stieber, Andreas-Paus
Rohde, Klaus
Wörmann, Josef

für: Hurnik, Ivo

für: Petrauschke, Hans-Jürgen

SPD

Berten, Monika
Daun, Dorothee
Franz, Michael
Pöhler, Raoul
Schmerbach, Cornelia
Servos, Gertrud
Schmidt-Zadel, Regina

für: Zepuntke, Klaudia

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Peters, Anna
Schäfer, Ilona
Zsack-Möllmann, Martina

für: Müller-Hechfellner, Christine

Vorsitzende

FDP

Pohl, Mark Stephen
Runkler, Hans-Otto

Die Linke.

Detjen, Ulrike

Freie Wähler/Piraten

Dr. Grumbach, Hans-Joachim

Verwaltung:

Herr Lewandrowski	LR 7
Frau Prof. Dr. Faber	LR 5
Herr Beyer	Fachbereichsleitung 61
Frau Lapp	Fachbereichsleitung 72
Herr Flemming	Fachbereichsleitung 73
Herr Dr. Schartmann	Leitung Stabsstelle 70.30
Frau Krause	Leitung Stabsstelle 70.10
Frau Stenzel	71.10 (Protokoll)
Herr Dr. Pfeiffer	70.30
Herr Loosen	PR 5
Herr Klein	21.11
Herr Sturmberg	03

Gäste:

Herr Johnen	Geschäftsführer Lebenshilfe Heinsberg
Herr Kleinen	Lebenshilfe Heinsberg, Öffentlichkeitsarbeit
Herr Dieder	Bürgermeister Stadt Heinsberg
Frau Mauritz	Lewo Aachen
Frau Thomas	Lokale Presse

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Kurze Begrüßung durch den Geschäftsführer der Lebenshilfe Heinsberg im Café Samocca
3. Abfahrt mit dem „Lebenshilfe-Bus“ zur Lebenshilfe-Werkstatt, anschließend Führung. Rückfahrt zum Café Samocca, anschließend Sitzung im Tagungsraum.
4. Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt Heinsberg
5. Niederschrift über die 8. Sitzung vom 20.06.2016
6. Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB **14/1324 B IX**
7. Daten und Fakten zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben - Jahresbericht 2015/2016 des LVR-Integrationsamtes **14/1322 K**
8. Rechtliche Rahmenbedingungen und Verfahrensvorschläge zu sogenannten Poollösungen für schulische Integrationshilfen **14/1323 K**
11. Offenlegung der Arbeitsergebnisse 2014 der rheinischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung **14/1329 K**
12. LVR-Modellprojekt „Beschäftigungsmöglichkeiten als Zuverdienst für Menschen mit Behinderung“ **14/1346 K**
13. Menschen mit Behinderung in Wohnheimen der Eingliederungshilfe außerhalb des Rheinlandes **14/1374 K**
15. Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Bewertung und weiteres Vorgehen des LVR zum Thema Gewaltschutz (Ziffer 36 der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses) **14/1180 K**
16. Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention: Bewertung und weiteres Vorgehen des LVR zum Thema Elternschaft von Menschen mit Behinderungen (Ziffer 44 b der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses) **14/1181 K**
17. Stellenbemessung in der Eingliederungshilfe des LVR-Dezernates 7 Geschäftsprozessanalyse/Geschäftsprozessoptimierung (GPA/GPO) **14/1304 K**
18. Beschlusskontrolle

- 19. Anfragen und Anträge
- 19.1. Fachhochschule des LVR für Soziales und Gesundheit prüfen **14/127 FDP E**
- 20. Mitteilungen der Verwaltung
- 21. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr
Ende der Sitzung: 13:15 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Kurze Begrüßung durch den Geschäftsführer der Lebenshilfe Heinsberg im Café Samocca

Herr Johnen begrüßt die Mitglieder des Sozialausschusses im Café Samocca der Lebenshilfe in Heinsberg und stellt die Mitarbeitenden im Café vor. **Die Vorsitzende** bedankt sich für die Tagungsmöglichkeit in den Räumlichkeiten der Lebenshilfe.

Punkt 3

Abfahrt mit dem „Lebenshilfe-Bus“ zur Lebenshilfe-Werkstatt, anschließend Führung. Rückfahrt zum Café Samocca, anschließend Sitzung im Tagungsraum.

Der Sozialausschuss besichtigt die Werkstatt der Lebenshilfe in Heinsberg.

Punkt 4

Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt Heinsberg

Herr Dieder heißt die Mitglieder des Sozialausschusses in Heinsberg herzlich willkommen und erläutert die Historie des Tagungsgebäudes.

Punkt 5

Niederschrift über die 8. Sitzung vom 20.06.2016

Die Niederschrift wird anerkannt.

Punkt 6

Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX Vorlage 14/1324

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit der auticon GmbH, bittet **Herr Wörmann** die Verwaltung, im Blick zu behalten, ob bzw. wann der für dieses Jahr erwartete Break-even-Point erreicht worden ist.

Auf Nachfrage von **Frau Servos** erläutert **Herr Beyer**, dass die Angebote für theorie-reduzierte Fachpraktiker-Ausbildung von immer mehr Arbeitgebern genutzt werden, um auch Menschen mit einer Lernbehinderung eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen. Das Integrationsamt wird unterstützend tätig über die Beratungen durch die Fachberaterinnen und Fachberatern der Integrationsfachdienste und die Angebote zur Förderung von Ausbildungsverhältnissen.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

Der Förderung von Integrationsprojekten gem. §§ 132 ff. SGB IX wird, wie in der Vorlage 14/1324 dargestellt, zugestimmt.

Punkt 7

Daten und Fakten zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben - Jahresbericht 2015/2016 des LVR-Integrationsamtes Vorlage 14/1322

Herr Beyer erläutert die wichtigsten Schwerpunkte der Arbeit des Integrationsamtes anhand einer Powerpoint Präsentation, die als **Anlage** beigefügt ist. Er berichtet außerdem über Änderungen in der Terminologie, die im neuen BTHG (Bundesteilhabegesetz) zum 01.01.2017 voraussichtlich Inkrafttreten werden, z.B. Inklusionsbetrieb anstatt Integrationsprojekt. Die Integrationsämter sind zudem rechtlich bereits verpflichtet, künftig bei Leistungen nicht mehr von "Minderleistungsausgleich", sondern von einem "Beschäftigungssicherungszuschuss" zu sprechen. Außerdem ist ab 01.01.2018 vorgesehen, dass das u.a. bereits vom LVR praktizierte Budget für Arbeit im BTHG als gesetzliche Leistung der Eingliederungshilfe und des Integrationsamtes vorgeschrieben wird.

Frau Schmerbach bittet um Mitteilung, welche Möglichkeiten es gegen die steigende Arbeitslosenzahl von schwerbehinderten Menschen gibt. **Herr Beyer** berichtet über das 150 Mio. € Projekt des Bundes, mit dem mehr schwerbehinderte arbeitslose Menschen in Integrationsprojekten aufgenommen werden können. Dafür wird u.a. die Zielgruppe der schwerbehinderten Menschen, die in Integrationsprojekten gefördert werden können, um die Gruppe der Langzeitarbeitslosen erweitert.

Frau Schäfer, Herr Dr. Grumbach und **Frau Servos** weisen auf die zurzeit ca. 200 nicht besetzten Stellen in den Integrationsprojekten hin. Eine intensive Akquise sei notwendig, um offene Stellen zu besetzen.

Herr Beyer betont, dass das Integrationsamt keinen Einfluss auf die Stellenbesetzungen

in Integrationsprojekten habe. Es ist die Aufgabe der Integrationsprojekte selber, als Arbeitgeber des ersten Arbeitsmarktes offene Stellen zu besetzen. Er weist darauf hin, dass Fördergelder zurückgefordert werden können, sofern Arbeitsplätze über einen längeren Zeitraum nicht besetzt sind.

Auf Nachfrage von **Frau Schmidt-Zadel** berichtet **Herr Beyer**, dass der Anteil der arbeitslosen schwerbehinderten Frauen bei 40% und damit unter dem Wert der nicht behinderten Frauen liegt.

Herr Johnen berichtet auf Nachfrage von **Herr Dr. Grumbach**, dass die Werkstatt sich über jeden behinderten Menschen freue, der von der WfbM auf den ersten Arbeitsmarkt wechselt. Der Wechsel wird von der Werkstatt gefördert. Oftmals gibt es jedoch Hemmnisse durch Vorbehalte der Angehörigen.

Der Ausschuss nimmt den Jahresbericht 2015/2016 des LVR-Integrationsamtes gem. Vorlage 14/1322 zur Kenntnis.

Punkt 8

Rechtliche Rahmenbedingungen und Verfahrensvorschläge zu sogenannten Poolösungen für schulische Integrationshilfen Vorlage 14/1323

Frau Prof. Dr. Faber erläutert ausführlich die Vorlage. An der nachfolgenden Diskussion beteiligen sich **Herr Wörmann, Frau Peters, Frau Servos** sowie **Herr Stieber**. Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass eine verbesserte Qualifizierung der zukünftigen Integrationshelfer für sehr wichtig gehalten wird und die Eltern von den Vorteilen einer Poolösung überzeugt werden müssen. **Herr Stieber** berichtet aus Düsseldorf. Dort wurde mit einer Poolösung für schulische Integrationshelfer bereits begonnen und mit den Eltern sehr konstruktiv zusammengearbeitet.

Frau Prof. Dr. Faber ergänzt, dass es zurzeit noch kein festgelegtes Berufsbild eines Integrationshelfers gebe.

Frau Detjen bedankt sich für die Vorlage und regt an, diese auch dem zuständigen Ausschuss im Landtag zur Verfügung zu stellen.

Die Vorlage-Nr. 14/1323 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9

Förderung des Modellprojekts "Peer Counseling im Rheinland" Vorlage 14/1361

Frau Schmidt-Zadel bittet, die Vorlage auch dem Gesundheitsausschuss zur Kenntnis zu geben.

Herr Lewandrowski berichtet, dass das LVR-Dezernat Soziales mit der Medienberatungsagentur maz und media einen Kurzfilm über das LVR-Modellprojekt "Peer Counseling" produziert hat. Der Film wird anschließend gezeigt.

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

1. Der zweite Zwischenbericht des Modellprojekts "Peer Counseling im Rheinland" wird gemäß Vorlage Nr. 14/1361 zur Kenntnis genommen.
2. Der Verlängerung der Förderung der 10 Projekte des Modellprojekts "Peer Counseling im Rheinland" bis zum 31.12.2018 wird gemäß Vorlage 14/1361 zugestimmt.

Punkt 10

Offenlegung der Arbeitsergebnisse 2014 der rheinischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung Vorlage 14/1329

Frau Lapp erläutert die Vorlage unter besonderem Hinweis auf die Werkstätten, bei denen das Arbeitsergebnis unter dem Vorjahresniveau lag und beantwortet damit Nachfragen von **Frau Detjen** und **Herrn Dr. Grumbach**.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Offenlegung der Arbeitsergebnisse 2014 der rheinischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung sowie zum aktuellen Sachstand zu dem Untersuchungsauftrag "Wirkfaktoren auf die wirtschaftliche Situation einer WfbM" gemäß Vorlage 14/1329 zur Kenntnis.

Punkt 11

LVR-Modellprojekt „Beschäftigungsmöglichkeiten als Zuverdienst für Menschen mit Behinderung“ Vorlage 14/1346

Frau Schmerbach dankt der Verwaltung für die Vorlage und hofft, dass im BTHG zukünftig die Beschäftigung als Zuverdienst für Menschen mit Behinderung gesetzlich verankert wird.

Der Bericht zur Evaluation und zum aktuellen Stand des Modellprojektes wird gem. Vorlage 14/1346 zur Kenntnis genommen.

Punkt 12

Menschen mit Behinderung in Wohnheimen der Eingliederungshilfe außerhalb des Rheinlandes Vorlage 14/1374

Die Datenanalyse zur Entwicklung bei den Leistungsberechtigten, die in stationären Einrichtungen außerhalb des Zuständigkeitsgebiets des LVR leben, wird gemäß Vorlage Nr. 14/1374 zur Kenntnis genommen.

Punkt 13

Satzung zur Änderung der Satzung über die Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe und der kreisangehörigen Gemeinden zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe Vorlage 14/1383

Der Sozialausschuss fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe und der kreisangehörigen Gemeinden zur Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe wird gemäß Vorlage Nr. 14/1383 beschlossen.

Punkt 14

**Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention:
Bewertung und weiteres Vorgehen des LVR zum Thema Gewaltschutz (Ziffer 36
der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses)
Vorlage 14/1180**

Die Bewertung und das weitere Vorgehen des LVR zum Thema Gewaltschutz werden gemäß Vorlage Nr. 14/1180 zur Kenntnis genommen.

Punkt 15

**Follow up-Staatenprüfung zur UN-Behindertenrechtskonvention:
Bewertung und weiteres Vorgehen des LVR zum Thema Elternschaft von
Menschen mit Behinderungen (Ziffer 44 b der Abschließenden Bemerkungen
des UN-Fachausschusses)
Vorlage 14/1181**

Herr Dr. Schartmann erläutert die Vorlage. **Frau Schäfer** bittet die Verwaltung, bei dem weiteren Vorgehen auch Elternschaft für Menschen mit einer Körperbehinderung einzubeziehen.

Die Bewertung und das weitere Vorgehen des LVR zum Thema Elternschaft von Menschen mit Behinderungen (vgl. Ziffer 44 b der Abschließenden Bemerkungen des UN-Fachausschusses) werden gemäß Vorlage 14/1181 zur Kenntnis genommen.

Punkt 16

**Stellenbemessung in der Eingliederungshilfe des LVR-Dezernates 7
Geschäftsprozessanalyse/Geschäftsprozessoptimierung (GPA/GPO)
Vorlage 14/1304**

Herr Lewandrowski erläutert die Vorlage und weist auf die Mehrstellen für den Stellenplan 2017/2018 hin. Er bittet die Fraktionen um Unterstützung beim anstehenden Doppelhaushalt.

Herr Wörmann appelliert an die Mitglieder im Sozialausschuss, dieses Ergebnis bei den Haushaltsberatungen auch umzusetzen.

Frau Detjen merkt an, dass es nicht einfach sein wird, die offenen Stellen zu besetzen.

Auf Nachfrage von **Herr Dr. Grumbach** berichtet **Frau Prof. Dr. Faber**, dass es eine Prozessoptimierung auch in anderen Dezernaten geben wird.

Die Ausführungen zur Stellenbemessung in der Eingliederungshilfe sowie zur Geschäftsprozessanalyse und -Optimierung (GPA/GPO) des LVR-Dezernates 7 werden gemäß Vorlage Nr. 14/1304 zur Kenntnis genommen.

Punkt 17

Beschlusskontrolle

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass - aufgrund der auswärtigen Tagung - der nicht-öffentliche Teil der Beschlussliste ausnahmsweise erst im nächsten Sozialausschuss beraten wird.

Frau Schmerbach bittet um einen Zwischenbericht zum Kurzzeitwohnen in der nächsten Sitzung.

Herr Wörmann merkt an, dass die Sachstandsdarstellungen in der Beschlussliste kürzer sein könnten.

Punkt 18 **Anfragen und Anträge**

Punkt 18.1 **Fachhochschule des LVR für Soziales und Gesundheit prüfen** **Antrag 14/127 FDP**

Die CDU-Fraktion macht Beratungsbedarf geltend und bittet, heute noch nicht über den Beschluß abzustimmen.

Der Beschluss wird ohne Votum an die nachfolgenden Ausschüsse verwiesen.

Punkt 19 **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Lewandrowski berichtet über die Tagung am 25.08.2016 im Nordfoyer des Landeshauses zum neuen Bundesteilhabegesetz, an der Vertreterinnen und Vertreter aller im Bundestag vertretenden Fraktionen teilgenommen haben. Die Veranstaltung hat großes Interesse hervorgerufen und war ausgebucht. Als Referentin konnte u.a. Frau Gabriele Lösekrug-Möller, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, gewonnen werden.

Punkt 20 **Verschiedenes**

Frau Detjen berichtet von der Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte NRW zur Grundloohnerhöhung ab 01.08.2016 für alle Werkstattbeschäftigten. **Herr Lewandrowski** bittet, ihm diese Stellungnahme zuzusenden.

Solingen, den 06.10.2016

Mit freundlichen Grüßen
Die Vorsitzende

Z s a c k - M ö l l m a n n

Köln, den 27.09.2016

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

In Vertretung

L e w a n d r o w s k i

Daten und Fakten zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeits- und Berufsleben



Jahresbericht 2015/2016

des LVR-Integrationsamtes

Inhalte der Kurzpräsentation

- Situation der schwerbehinderten Menschen
- Entwicklung der Ausgleichsabgabe
- Leistungen des LVR-Integrationsamtes 2015 (Auszug)
- Besonderer Kündigungsschutz
- LVR-Budget für Arbeit / Initiative Inklusion
- Öffentlichkeitsarbeit / Projekte / Forschung
- Ausblick 2016

Daten und Fakten zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeits- und Berufsleben

Schwerbehinderte Menschen im Rheinland

schwerbehinderte Menschen	925.566 (Anteil der Frauen 50 %)
ihr Anteil an der Wohnbevölkerung	9,7% (von 8 % in Düsseldorf bis 11,6 % in Mönchengladbach)
Alter / Erwerbstätigkeit	386.500 Personen sind im erwerbstätigen Alter (42 %)
Arbeitslosigkeit (Jahresdurchschnitt 2014/2015)	26.358 / 26.974 Personen davon 10.665 / 10.910 Frauen

Entwicklung bei der Beschäftigung

- **Quote im Rheinland 5,38* %**
 - 16.533 anzeigepflichtige Arbeitgeber
 - 178.009 Arbeitsplätze sind mit schwerbehinderten Menschen besetzt

- **Die Arbeitsagenturbezirke mit der höchsten Beschäftigungsquote**

Bonn (7,6%), Duisburg (6,1%), Düsseldorf, Essen und Solingen-Wuppertal (5,3%) sowie Oberhausen (5,2 %)

*rechnerische auf Basis der besetzten Arbeitsplätze
Quelle: Zentraler Statistik Service, Bundesagentur für Arbeit

Beschäftigung im Rheinland

Quote im Öffentl. Dienst: 7,3 %

- 57.850 schwerbehinderte Menschen werden beschäftigt
- jeder 16. Arbeitsplatz ist mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt

Quote in der Privatwirtschaft: 4,8 %

- 120.000 schwerbehinderte Menschen werden beschäftigt
- jeder 25. Arbeitsplatz ist mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt

Der LVR & seine Mitgliedskörperschaften

Von rd. 103.200 Beschäftigten sind 8.339 schwerbehindert	
Durchschnittliche Quote	8,08 %
<u>Kommune mit der höchsten Quote:</u>	
Kreis Wesel	12,74 %
<u>Kommune mit der niedrigsten Quote:</u>	
Oberbergischer Kreis	5,88 %